



BESCHLUSS-(RESOLUTIONS-)ANTRAG

der Gemeinderät*innen Nikolaus Kunrath und Mag.^a Ursula Berner MA (GRÜNE),
eingebracht in der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Wien am 28.6.2021
zu Post 1 der heutigen Tagesordnung (zur Spezialdebatte Finanzen, Wirtschaft,
Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke) betreffend

Buerger*innenbeteiligung in Wien anlässlich der Konferenz zur Zukunft Europas

B E G R Ü N D U N G

Am 9. Mai 2021 begann die "Konferenz zur Zukunft Europas" (COFE), die bis Frühjahr 2021 andauern soll. Sie behandelt ein weites Themenspektrum: Die Rolle der EU in der Welt, Werte und Rechtsstaatlichkeit, Klimawandel, Umwelt, Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit, Bildung, Kultur, Jugend, digitaler Wandel, Migration und viele weitere Bereiche.

Das Plenum der Konferenz besteht aus 433 Mitgliedern, darunter 108 Europaparlamentsabgeordnete, 108 Abgeordnete der nationalen Parlamente, 108 "Bürger*innen" (die per Zufallsprinzip ausgewählt werden), 54 Rats-Mitglieder (je 2 pro EU-Mitgliedstaat, zumeist von der Minister*innen-Ebene) und 55 weitere Personen.

Parallel gibt es außerdem vier Europäische "Bürger*innenforen" mit jeweils 200 Bürger*innen pro Mitgliedstaat, seit 19. April 2021 gibt es eine mehrsprachige digitale Plattform zur EU-Zukunftskonferenz, auf der sich alle europäischen Bürger*innen einbringen können: <https://futureu.europa.eu> .

Auf nationaler Ebene finden in den Mitgliedstaaten zahlreiche Aktivitäten statt. So gibt es in Österreich beispielsweise seit über 10 Jahren die (vom damaligen Außenminister initiierte) Einrichtung der "Europagemeinderät*innen", und diverse Angebote der Europaministerin.

Seitens der Stadt Wien ist leider nicht viel geschehen. Am 28. April wurde ein Antrag, Möglichkeiten wie z.B. Fachseminare des Gemeinderatsausschusses für europäische und internationale Angelegenheiten (GReiA) anzubieten, um interessierten Teilen der Zivilgesellschaft Raum zu geben, sich aktiv an der Diskussion über die Zukunft Europas zu beteiligen, mehrheitlich abgelehnt.

Die unterzeichnenden Gemeinderät*innen stellen daher gemäß 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien folgenden

BESCHLUSSANTRAG:

Der Herr amtsführende Stadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke, Peter Hanke, wird aufgefordert, Formate für eine Bürger*innenbeteiligung zu schaffen, in denen sich europapolitisch Interessierte speziell zu Fragen der Zukunft Europas die auch Wien und die Städte betreffen einzubringen.

In formeller Hinsicht beantragen wir die Zuweisung dieses Antrages an den Gemeinderatsausschuss für Europäische und Internationale Angelegenheiten.

Wien, am 28.6.2021